



INSTYTUT PÓŁNOCNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE

Johannisburger Zeitung

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Bestpreis der Johannisburger Zeitung allein 3 M. Vierteljährlich mit Kreisblatt 1,20 M. mehr ohne Beilage. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. — Belegnummer 14 1/2.

Parteiloses
Publications-Organ



für den
Kreis Johannisburg.

Verantwortl. Redakteur: Gottlieb Bauer, Johannisburg.

Schriftleitung: Geschäftsstelle: Johannisburger Str.,
St. Johannisstr. 10. — Fernruf Nr. 11.

Drud und Verlag: Johannisburger Zeitung G. m. b. H.

Beilage: **Johannisburger Kreisblatt**
wöchentlich 1 mal.

Telegraphen-Adresse: Johannisburger Zeitung
Wolfsdellenstr. 20/21 Johannisburg i. B.

Verantw. Redakteur: Gottlieb Bauer, Johannisburg

Nr. 73.

Sonnabend, den 26. Juni 1920.

Jahrg. 1920.

Neueste Nachrichten.

Der neue Reichstagspräsident.

Berlin. (S. 8.) Die Sozialdemokratie wird es, wie es heißt, ablehnen, den Präsidenten des Reichstages zu stellen, obwohl sie als die stärkste Partei dafür in Betracht käme. Dazu schreibt die Germania, daß auch beim Zentrum, das schon in herbeizugewandener Weise an der Regierungsbildung beteiligt ist, wenig Neigung bestiehe, den Präsidentenposten des Reichstages zu bekleiden. Das Zentrum werde sich mit einer Vizepräsidentenstelle begnügen und den anderen Parteien den Posten des Präsidenten überlassen.

Mehrheitssozialist löbe Reichstagspräsident?

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 23. Juni einstimmig beschlossen, ihre Ansprüche als stärkste Fraktion auf den Platz des Reichstagspräsidenten dringend zu erheben und für diesen die bisherigen Vizepräsidenten der Nationalversammlung, Löbe, vorzuschlagen. Außerdem sollen noch vier Vizepräsidenten gewählt werden und zwar je ein Mitglied der Unabhängigen, des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Diese Parteien haben aber noch keine Kandidaten nominiert.

Kommunistische Parteizweckungen?

Berlin. (S. 3.) Eine geheime Konferenz der kommunistischen Partei Deutschlands unter Vorsitz Clara Zetkins und unter Teilnahme des Vertreters Sowjetrußlands in Berlin soll hier stattgefunden haben. Rechtslebende Blätter berichten, es sei die Frage des Generalstreiks am 25. Juni, am Tage nach der Eröffnung des Parlaments, sowie die Bewaffnung der Arbeiterchaft besprochen worden.

Blutige Zusammenstöße im Reich.

Die Nachrichten über Demonstrationstrawalle im Reich mehren sich ganz auffällig. Es liegt Organisation darin, wie in verschiedenen Teilen des Reiches Unruhen ausflackern, die oft einen blutigen Ausgang nehmen und damit den Erregungszustand der Massen herbeiführen.

Von RWB. liegen folgende Nachrichten vor:

Stuttgart. Am gegen die drückende Notlage der großen Masse des Volkes infolge der jüngsten Preissteigerung und gegen den Lebensmittelmangel im allgemeinen zu demonstrieren, hatten die vereinigten Gewerkschaften zu Kundgebungen in allen größeren Orten des Landes aufgerufen, die die U. S. B. D. heute bezeugt, um ihre Forderung der Diktatur des Proletariats aufs neue zu erheben. Während in Stuttgart die Kundgebungen ohne Rückschörungen verliefen, kam es in Ulm und Ravensburg zu Zusammenstößen mit der Polizei bezw. Reichswehr. Bei dem Sturm auf das Rathaus kam es unter der Menge Tote und Verwundete. In Ulm bemächtigte sich radikale Elemente mit Gewalt des Waffendepots der Einwohnerwehr, das sie vollständig ausraubten. In Osnabrück und Greifeld ist es gleichfalls zu schweren Unruhen gekommen. Eine Anzahl Löden wurden geplündert. Am Abend versuchte die Menge das Gefängnis zu überfallen, wurde aber durch die Einwohnerwehr, die schließlich feuern mußte, abgewiesen. Mehrere Personen wurden verletzt.

In Greifeld zog nach einer Massenkundgebung der Mehrheitssozialisten, die sich gegen die Teuerung richtete, eine zügellose Menge zur Markthalle, die vollständig ausgeplündert wurde. Am Abend türmte der Pöbel auch das Warenhaus Tief. Sämtliche Fensterscheiben wurden zerschmettert. Der gesamte Inhalt des Warenhauses aus allen Etagen wurde auf die Straße geschleudert. Die Schutzmannschaft in Greifeld war dem Treiben gegenüber machtlos. Bei den Zusammenstößen sind zahlreiche Personen verletzt worden.

Auch in Frankfurt a. M. haben sich ähnliche Krawalle ereignet.

Polnische Schredensherrschaft.

17 Mann erschossen!

Die Berliner „Freiheit“, der wir die Verantwortung für ihre Mitteilungen überlassen müssen, berichtet über eine neue, wenn er sich bewahrheiten sollte, in der Tat beispiellose polnische Gewalttat. Am 25. Mai sollen in Thorn 17 unabhängige Sozialdemokraten aus Graunow ermordet worden sein. Ueber die Verbrechen wird erzählt:

Am 18. April wurde der unabhängige Sozialdemokrat Polatowski, ein ruhiger, unbeholtener Arbeiter, von zwei polnischen Soldaten mit dem Seitengewehr erstochen. Sämtliche politische Parteien nahmen an der Beerdigung teil. Nach der Beerdigung fand eine kleine Versammlung unter freiem Himmel statt, welche den Zweck hatte, eine Geldsammlung für die hinterbliebene Ehefrau und die sechs kleinen Kinder Polatowski's zu veranstalten. Tags darauf wurde der Gewerkschaftsführer Bauer wegen der Veranstaltung dieser Versammlung verhaftet. Da sich die Arbeiterchaft diese Gewaltthat nicht mehr gefallen lassen wollte, griff sie als Abwehrmittel zum Generalstreik, der durch ein Plakat angeündigt wurde, in dem die Entfernung des polnischen Militärs aus Graunow verlangt wurde. In den nachfolgenden Tagen wurden nacheinander 17 führende Mitglieder der U. S. B. D. verhaftet und nach Thorn vor das Landgericht geschleppt, das das erwähnte Urteil fällte.

Zwei weitere verhaftete Führer sind nach Warschau gebracht und dort am 28. Mai zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Großpolnische Pläne auf Ostpreußen.

Berlin. (S. 3.) Der „L. A.“ berichtet über einen zwischen Polen und der Ukraine abgeschlossenen Geheimvertrag, der einen Einbild in die unerlässliche Landgüter der Polen verschafft. Die polnischen Machthaber wollen sich nicht nur auf die polnischen Grenzen von 1772 beschränken und ein Polen von Riga bis Odessa schaffen, sondern in dem Vertrag wird offen ausgesprochen, daß man den Anbruch auch auf Ostpreußen ausdehnen möchte. Da die Polen die separatistischen Vorgänge in Westdeutschland gut finden, so denken sie sich den Plan der „Eröberung Ostpreußens“ so, daß sie nach Art der Dornischen Loslösungsbestrebungen im Ostland eine ähnliche Bewegung in Ostpreußen inszenieren wollen, um so den „freiwilligen“ Anbruch Ostpreußens an Polen zu erzielen. (!) Der Geheimvertrag lagert über die militärischen Pläne im augenscheinlichen Kriege mit den Bolschewisten u. a.: Die Polen erstreben nur die Linie Düna-Dnjepr und wollen noch Somel und Rogatschew erobern. Auf die Eroberung von Witebsk wird verzichtet. Für die nächste Zukunft wird ein Vorstoß auf Somel beabsichtigt, um von dort die bolschewistische Armee aufzurollen. Mit Lettland werden Verhandlungen gepflogen, um eine großpolnische Föderation zu bilden, die die außer Polen die der Ukraine auch Weiskrausland, Lettland und Ostland aufgenommen werden sollen. Auf diese Weise soll der Plan Bilsudstis, ein Polen von Riga bis Odessa zu schaffen, verwirklicht werden. Man rechnet in Polen stark damit, daß, falls die Zustände in Deutschland sich noch mehr zuspitzen und unhaltbar werden, Ostpreußen sich freiwillig diesem großpolnischen föderativen Staat anschließen werde. Nach dieser Richtung hin werde eine intensive Propaganda in Ostpreußen betrieben. Eine Bestätigung dieser großpolnischen Pläne findet der „L. A.“, dem wir die Verantwortung für diese Enthüllungen überlassen müssen, darin, daß der Berliner ukrainische Gesandte Dr. Borsh einem Interviewer der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Kremja“ gegenüber auf die Frage, was mit den außerhalb der polnischen Grenzen von 1772 gelegenen Gebieten werden solle, ausweichend antwortete.

Polnische Erpressung.

Berlin. (D. 3.) Die Reizen, die den polnischen Korridor in den letzten drei Tagen passierten, erlebten, wie der „Lokal-Anzeiger“ meldet, eine neue peinigende Lebererfahrung. Polnische Beamte eröffneten ihnen, daß sie für die Durchquerung des Korridors 100 polnische Mark für die kurze Strecke von Dirschau bis zur deutschen Grenze 90 polnische Mark zahlen müßten. Diese neue unerhörte Besteuerung, die jeder rechtlichen Unterlage entbehrt, wurde verschärft durch die Erklärung, 100 polnische Mark seien gleich 100 deutsche Mark, d. h. die polnische Mark wurde mit einem fünfmal höheren Kurse angelegt, als sie in Wirklichkeit steht. Alle Proteste halfen nichts. Es spielten sich äußerlich erregte Szenen ab, da die Polen denen, die den neuen Zoll nicht gutwillig zahlen wollten, die Weiterreise verweigerten. Selbst den Wagen der Internationalen Kommission versuchten die Polen zu besteuern. Diese neue Methode, in den Besitz von Zahlungsmitteln in deutscher Mark zu gelangen, dürfte für den polnischen Staat recht einträglich sein.

Diese neue polnische Kulturart bedeutet nichts anderes als das: Vor Ostpreußens Toren liegt eine Banke

Begeisterter, die freiwillige Reise zu erwarten. In unzulässigen Ländern erweist man sich schon Ansehens durch Selbsthilfe. Die Proklamation des 2. Jahrestages war vor dem 9. November 1918 so weit, daß die deutsche Regierung in solchen Fällen ihre Bürger schützte.

Im übrigen macht der polnische Kaufmann an den Abittimmungen wenigstens ein glänzendes Ergebnisgeschäft durch die Eröffnung der Abittimmungsbestimmungen in den Transportzügen.

Das wankende Reichskabinett.

Berlin. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer Sitzung beschlossen, der von dem Abgeordneten Zehrenbach vorgeschlagenen Koalitionsregierung aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei gegenüber im neuen Reichstag nicht ein Verbleibensvotum zu bekunden, sondern Stimmhaltung zu üben. Da diese Stellungnahme in direktem Widerspruch zu den Voraussetzungen steht, die die Deutsche demokratische Partei als unbedingt notwendig für ihren Eintritt in das Kabinett Zehrenbach gestellt hat, ergibt sich eine ganz neue Situation, über die erst die kommenden Tage Klarheit bringen können.

Aus der demokratischen Fraktion wird zu der Lage folgende Erklärung abgegeben: Nachdem die demokratische Fraktion von der Stellungnahme der Sozialdemokraten Kenntnis erhalten hatte, trat sie zu einer Sitzung zusammen. Man war sich darüber klar, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spaa verbleiben könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht aufrechterhalten werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe. Von diesem Beschlusse wurde dem Parteiausschusse Kenntnis gegeben, der auch angeht, der neuen Situation das der Fraktion ausgesprochene Vertrauen ausdrücklich erneuerte.

Die Berliner Presse zur Kabinettsbildung.

Berlin. (RWB) Der optimistische Ton in den Mitteilungen über Zehrenbachs Fortschritte ist nach den Informationen des „Vorwärts“ nicht unbedeutend. Allerdings wird es, wie die „Kölnische Zeitung“ meint, nicht möglich sein, bis zur Eröffnung des Reichstages die Kabinettsbildung zu beenden. So sehr die Verlängerung der Krise zu bedauern ist, so gering war die politische Bedeutung der Latsche, daß der Reichstag nach ohne Regierung sich bestehen müsse. Zunächst habe er mit sich selbst zu tun. Er müsse sich konstituieren und in der zweiten Sitzung sein Präsidium wählen.

Der „Kölnische Anzeiger“ will aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren haben, daß die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft durchaus zufriedenstellend verliefen. Es werde bestimmt damit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte zustande komme.

Da durch das Verhalten der Unionsabgeordneten die Kombination, in der die sozialistische Arbeiterchaft den stärksten Einfluß gehabt hätte, wie der „Vorwärts“ schreibt, aus dem Bereiche der Möglichkeit ausgeschlossen ist, da ferner die Wiederherstellung der alten Koalition, so schreibt das genannte Blatt weiter, gegenwärtig als unmöglich betrachtet wird und da schließlich eine Regierung weder wünschenswert noch möglich ist, in der die äußerste Reaktion ausschlaggebenden Einfluß bestiehe, sei tatsächlich nur noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich. Sie auf die Reihe zu stellen, sei die Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Diese werde es nicht unterlassen, den Arbeitsprozeß der neuen Regierung zu fördern. Sie werde es unterlassen, der neuen Regierung ein Mißtrauensvotum auszustellen, sofern ihre Zusammenfassung und ihr Programm dem entspreche, was bisher darüber bekannt geworden sei.

Die Bedingungen der Abittimmungsfahrt.

Ueber die Erleichterungen, durch die tatsächlich jedem Abittimmungsberechtigten die Reise und damit die Erfüllung der höchsten vaterländischen Pflicht möglich gemacht wird, berichtigt noch vielfach Unkenntnis.

Allgemeines.

Jeder hat freie Fahrt, Unterkunft und Verpflegung während der Abittimmungsreise bis zu zehn Tagen (so weit er nicht bei Verwandten unterkommen kann). Er ist zugleich gegen Unfall auf der Reise und im Abittimmungsgebiet und gegen Verlust seines Reisegepäckes versichert.

Aufruf!

An die gesamte deutsche und masurische Bevölkerung des Kreises Johannisburg!

Die Polen und der mit ihnen zusammenarbeitende masurische Volksbund, (der nicht mit dem deutschen Masurenbund zu verwechseln ist), beabsichtigen in den nächsten Tagen in verschiedenen Ortschaften des Kreises öffentliche Versammlungen und sonstige Veranstaltungen abzuhalten.

Um Zusammenstöße und unliebsame Zwischenfälle von vornherein auszuschließen, raten die unterzeichneten politischen Parteien ihren Mitgliedern dringend, sich allen diesen polnischen Veranstaltungen grundsätzlich fernzuhalten.

Deutschnationale Volkspartei. Christliche Volkspartei.
Deutsche Volkspartei. Sozialdemokratische Partei.
Deutschdemokratische Partei. U. G. P. Deutschlands.

Der Masurenbund Kreisgruppe Johannisburg schließt sich dieser Erklärung an und weist nochmals auf die Verpflichtung der Mitglieder der Heimatsvereine hin, von jeder polnischen Versammlung, also auch von den Veranstaltungen des polnisch-masurischen Volksbundes fernzubleiben.